Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.75. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Fernspr. Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW 7, Dorotheenstraße 69, Tel. I, Nr. 9275.
Dresdner Redaktions-Bureau: Dresden-A., Künerstr. 95, Tel. I, Nr. 4583.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf.
Familien-, Wohnungs- und Stellen-Anzeigen 20 Pf.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen und Extrabeilagen nur in der **Morgen-Ausgabe**
Schluß der Annahme nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Filial-Expedition: Berlin, Lützowstr. 10.
" " Dresden, Marienstr. 34.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).
Herausgeber: Dr. Viktor Klinkhardt.

Nr. 452. **Dienstag** 5. September 1905. **99. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Reichskanzler Fürst Bülow hatte gestern eine längere Besprechung mit dem französischen Botschafter Bihourd. Nach dem Wolffbureau begibt sich der für den Gesandtenposten in Tanger ausersehene Dr. Rosen nach Paris, um bestimmte Fragen mündlich zu besprechen, über die vor dem Zusammentritt der Marokko-Konferenz noch eine Verständigung herbeizuführen ist.

* Wie die „Tägl. Rundschau" meldet, soll der Chef des Generalstabes, Graf v. Schlieffen, durch den Generalleutnant v. Moltke ersetzt werden.

* Wie der „Temps" erfährt, wird demnächst eine russisch-englische Entente über alle ostasiatischen Fragen stattfinden.

* Die nach Tanger führenden Landwege sind notdürftig von Raisulis sultantreuen Reitern besetzt. Man befürchtet Desertionen. Die Panik der Europäer in Tanger erscheint gerechtfertigt, da Gruppen, aus den gefährlichsten Elementen bestehend, in die Stadt Einlaß fanden. Ein spanischer Kreuzer ist signalisiert. Die Geschäftsträger der fremden Mächte haben die Aufmerksamkeit der marokkanischen Regierung auf die im Staate herrschende Unsicherheit gelenkt. Eine starke Truppenmacht ist zur Verstärkung der Garnison in Tanger herangezogen worden.

* Wie die „Petersburger Gaz." erklärt, hat Admiral Nebogatow seine Familie verständigt, daß er dauernd im Ausland zu verbleiben gedenke.

* Aus Furcht vor Strafe, weil er mit seinem älteren Bruder gestern die Schule geschwänzt hatte, sprang heute morgen in der 6. Stunde der elfjährige Sohn eines in der Marannenstraße in Leipzig wohnhaften Buchbinders aus dem Schlafkammerfenster der in der vierten Etage gelegenen elterlichen Wohnung in den gepflasterten Hof hinab. Der Knabe trug außer schweren komplizierten Brüchen beider Beine anscheinend auch innere Verletzungen davon.

Der Zehnmillionenfonds des Fürsten Henckel.

* Der „Hann. Courier" erhält von einer Seite, die mit dem Urheber des Gedankens, aus den Zinsen einer freiwilligen Stiftung Zulagen für junge Offiziere zu beschaffen, gute Fühlung hat, eine Darlegung, weshalb man, was doch am nächsten läge und am würdigsten wäre, die nötigen Mittel nicht vom Reichstage verlangt. Es wären, wenn jeder Leutnant 600 ℳ mehr jährlich erhalten sollte, einschließlich der Marine und Schutztruppen rund 10 Mill. Mark jährlich notwendig, ohne Marine und Schutztruppen bei 15 416 Leutnants und Oberleutnants genau 9 249 600 ℳ. Diese 600 ℳ sind einst von dem Grafen Waldersee, der der Vater des ganzen Planes ist, als das Mindestmaß des Zuschusses bezeichnet worden. Und so denken auch heute die Mehrzahl der kommandierenden Generale. Bei der gegenwärtigen Finanzmisere des Reiches erscheine es aber ganz unmöglich, daß der Reichstag diese 10 Millionen Mark mehr bewilligen werde. Bevor aber mehr Mittel durch eine Reichsfinanzreform geschaffen seien, vergehe noch viel Zeit und die Kalamität wächst in ihr. So bleibe nur übrig, für das dringendste Bedürfnis auf anderem Wege zu sorgen. Und dazu schreibt nun der Gewährsmann des „Hann. Couriers":

„Sobald der Kaiser den Fonds annimmt, was unbedingt geschehen wird, bekommt der Offizier das Geld vom Kaiser, und es ist ein Fonds, wie deren bereits mehrere für die Armee bestehen, ohne daß je ein Offizier Anstoß genommen hätte, daraus Zulagen oder Darlehen zu empfangen. Bei einem Erträgnis von 400 000 ℳ würde der Fonds ausreichen, um jährlich 6—7000 Offizieren eine Zulage zu gewähren, wobei — wenn man Kavallerie und Feldartillerie ausschiede — immer noch 11 500 in Betracht kommen, aus denen zu wählen sein würde. Es könnte sich also nur um dringendste und würdigste Fälle handeln, einen Stipendienfonds, wie sie für Studierende, Techniker, Künstler usw. in vielfältigsten Formen bestehen, ohne daß es bisher jemand als unwürdig empfunden hätte, daraus Geld zu empfangen. Die „Würde" ist lediglich eines jener Schlagworte, die unser öffentliches Leben vergiften und uns am Vorwärtskommen hindern. Ein ganz anderes Argument wäre das, daß eine Verbesserung der Offiziersgehälter sofort in Staat und Reich ein stürmisches Verlangen nach Gehaltsaufbesserung wachrufen würde.... Das ist auch ein Grund, weshalb der Kriegsminister seine 10 Millionen nicht bekommt."

So der Gedankengang von Männern, die für Heer und Staat sicher ein warmes Interesse haben und einer ernstlichen Kalamität, unter der ein Teil des Offizierskorps leidet, abhelfen möchten. Aber das kann nicht hindern, daß man ihre Argumente weniger mit dem Herzen als mit dem kühlen Verstand prüft und das politisch Empfehlenswerte allein gut heißt.

Gewiß mag jetzt an eine Bewilligung von 10 Millionen Mark zur generellen Aufbesserung der Leutnantsgehälter kaum gedacht werden können. Aber die Befürworter des Henckelschen Projektes reden ja selbst, sobald sie die praktische Durchführbarkeit erwägen, nur von einem Fonds von 400 000 ℳ jährlich, der bestimmt werden soll, nur die dringendste Abhilfe zu schaffen. Weshalb um dieser Summe willen eine politisch nicht einwandfreie Hilfe von privater Seite anrufen? Dieser Betrag, die Zinsen der 10 Millionen, wäre schließlich vom Reichstag bei geeigneter Befürwortung doch zu haben. Auch wenn die Form gewählt wird, daß diese Summe dem obersten Kriegsherrn als Dispositionsfonds zu alleiniger Verfügung gestellt wird. Selbst wenn es kein Offizier als unwürdig zu empfinden brauchte, aus einem vom Kaiser verwalteten, aber doch eben aus Privatkreisen gespendeten Fonds, Unterstützungen zu erhalten, so bleibt es doch für den Staat, für das deutsche Volk das allein würdige für die Beschaffung eines solchen als dringend notwendig bezeichneten Fonds selbst zu sorgen, anstatt sie der privaten Wohltätigkeit zu überlassen. Und diese Erwägung muß schließlich die entscheidende sein und bleiben.

Der Friede.

Die Telegramme.

Wie aus London gemeldet wird, hat Roosevelts Telegramm an den Deutschen Kaiser beträchtliches Aufsehen erregt, wenn die Presse auch wenig Worte darüber verliert. Der „Daily Telegraph" meint, unter den anläßlich des Friedensschlusses ausgetauschten Depeschen sei es die „bemerkenswerteste", Roosevelt habe seine Worte ohne Zweifel absichtlich gewählt und seine Erwähnung „eines Mitwirkens in jedem Stadium" sollte dem grundlosen Gerücht, der Kaiser habe dem Zaren in Björkö zu einer Fortsetzung des Krieges geraten, den letzten Stoß geben. Der radikale „Morning Leader" gibt zu, daß das Telegramm in England „sehr überrascht" hat, zumal sein warmer Ton wohl zeige, daß seine Worte keine leeren Phrasen seien. Er fährt fort: „Man darf wohl sagen, daß jedes vernünftige Wesen in England, ganz abgesehen von seiner Parteistellung, diese Depesche mit einem Gefühl tiefer Befriedigung lesen wird. Es wäre unehrlich, nicht hinzuzufügen, daß die Ueberraschung, die es allgemein erregt hat, an sich ein Beweis für eine Stimmung hier zu Lande ist, die verantwortliche, friedliebende Deutsche so wenig wünschen können, als die Engländer dieser Art sie wünschen." Eine Depesche aus Osterbay hebt hervor, daß das Telegramm des Mikado an den Präsidenten Roosevelt sich von dem des Zaren an diesen insofern unterscheide, als es keinerlei Anspielungen auf den Dank enthalte, den das japanische Volk dem Präsidenten für seine Bemühungen schulde.

Der Friedensvertrag.

Der „Central News" wird aus New York gemeldet: Das Pergament, auf dem der Friedensvertrag geschrieben wird, hat eine rote Randlinie, die Witte nicht gefiel. Es war aber kein anderes Pergament zu haben. Der Vertrag ist ungefähr 4000 Worte lang. Die Stahlfederfabrikanten verschiedener Länder schickten Stahlfedern nach Portsmouth, damit sie sagen können, der Vertrag sei mit ihren Fabrikaten unterzeichnet worden. Um keinen Fabrikanten zu bevorzugen, wird der Vertrag mit etwa einem halben Dutzend Gänsefedern unterzeichnet werden. Witte sagte, der Portsmouther Vertrag sollte veröffentlicht werden, sobald der neue englisch-japanische Vertrag veröffentlicht worden sei. — Wie über London gemeldet wird, kamen die Friedensunterhändler überein, daß den beiden Armeen 18 Monate Zeit zur Räumung der Mantschurei gelassen werden sollen. Rußland erhält die Befugnis, gegen 15 000 Mann zur Bewachung der Bahn zu halten. — Ein Zusatzartikel besagt, die Grenze, die den Besitz der Russen und Japaner auf Sachalin festlegt, werde an Ort und Stelle durch einen Spezialausschuß abgemessen werden, der den Namen „Grenzabsteckungskommission" führt.

Unruhen in Tokio?

Ueber Petersburg kommt die sensationelle und wohl unglaubwürdige Nachricht, daß in Tokio der Aufstand ausgebrochen sei. Der Palast des Mikado sei besetzt. Sollte sich die Nachricht bewahrheiten, so fürchtet man Komplikationen für die endgiltige Unterzeichnung des Friedens. Auch aus Tientsin wird der „Ausbruch der Revolution" gemeldet. Die telegraphischen Verbindungen seien gänzlich abgeschnitten. Die Kabelgesellschaft teilt mit, daß die Unterbrechung des Kabels keinesfalls dem Cyclon zuzuschreiben sei, da Schäden längst hätten ausgebessert sein müssen.

Politische Tagesschau.

Leipzig, 5. September.

Unser Botschafter in London.

Von den Besuchstagen in Swinemünde und Danzig, in denen politische Mühe und persönliche Freundlichkeit eine in der nationalpolitischen Erziehungsgeschichte des deutschen Volkes bemerkenswerte Vermählung feierten, wendet sich der Blick naturgemäß wieder schärfer der offiziellen Politik beider Länder zu. Wenn es um die Beziehungen der auswärtigen Aemter in London und Berlin und um die Beziehungen zwischen den Zeitungen haben und drüben stände wie in den beiderseitigen Seeoffizierkorps, dann wäre die politische Welt eine Reibung los und von einer schattenden Wolke frei. Denn man begeht, so schreibt die „Preußische Korrespondenz", wohl keine Indiskretion, wenn man es direkt ausspricht, daß sich die englischen Seeoffiziere bei ihren deutschen Kameraden vielmehr „wie zu Hause" fühlen, als beispielsweise bei den Franzosen; mag auch das Bedürfnis der Tagespolitik „Verbrüderungen", wie die von Brest und von Portsmouth, noch so sehr ausnutzen und aufbauschen.

Da fällt der Blick denn naturgemäß gleich in der ersten Reihe auf den Botschafter des Deutschen Reiches in London, den Grafen Wolff-Metternich. Früher nur als Junggeselle, der gute Diners in Hamburg als preußischer Gesandter gab, und als ein Günstling unseres Kaisers bekannt, fiel er bei Antritt seines Londoner Postens, auf den er bekanntlich dem Grafen Hatzfeldt folgte, dem „besten Pferde", das Fürst Bismarck seinerzeit scherzend behauptete im Stalle zu haben, durch seine Rede über die „Politik im Jugendstil" auf. Das trug ihm zum Teil sehr scharfe Kritiken ein. Aber danach wurde er ein sehr stiller Mann. Seine Londoner Berichte haben die beiderseitigen amtlichen Beziehungen stark beeinflußt; und es ist offenes Geheimnis, daß sich die kritische Stimmung in Berlin sehr stark auf die Botschafterberichte aus London stützt, auf deren einem bekanntlich von hoher Hand die Worte an den Rand geschrieben wurden: „Nun wissen wir, woran wir sind."

In England ist Graf Wolff-Metternich deshalb nicht sonderlich beliebt. Man meint dort: Er informiere sich zu einseitig und sein Verkehr in englischen Kreisen könne ihn auch nicht genug Handhaben bieten, die wirkliche Stimmung von Volk und Land kennen zu lernen.

Wir Deutschen, als das Volk, dessen Interessen Graf Wolff-Metternich vertritt, werden natürlich geneigt sein, diese englische Kritik für ein günstiges Zeugnis, für den Beleg dafür zu halten, daß der deutsche Botschafter in Downing Street die deutschen Interessen auch unter schwierigen Verhältnissen vertritt und verteidigt. Allerdings könnte man dann noch die Frage aufwerfen, ob unser Diplomat nicht tatsächlich zu jener „einseitigen" Beobachtungsweise neige, zu der gerade manch ein eifriger Diplomat nach Bismarcks Zeugnis öfters geneigt hat, und ob er es daneben auch genügend verstehe, „Amt und Person" genügend auseinander und sich selbst nach Möglichkeit außerhalb des Bereichs von Reibung und Verstimmung zu halten. Da indessen nichts vorliegt, was in dieser Richtung beweisend sein könnte, werden wir im großen und ganzen des Grafen Unbeliebtheit in London vom deutschen Standpunkt aus als ein „Lobkverwaltens-Zeugnis" nehmen können, um einen Londoner Botschaftswechsel hat es sich denn auch in den Besprechungen des Fürsten Bülow mit Graf Wetternich auf Norderney nicht gehandelt. Vielleicht fallen später einmal infolgedessen bessere deutsch-englische Beziehungen wieder mit größerer Beliebtheit der beiderseitigen Vertreter in London wie in Berlin zusammen.

Die deutschen Ausgaben für St. Louis.

Die Ausgaben, die dem Deutschen Reiche aus der Weltausstellung in St. Louis erwachsen sind, lassen sich nach der Veröffentlichung des Finalabschlusses der Reichshauptkasse für 1904 berechnen. Anfänglich waren sie auf 3 Millionen Mark veranschlagt worden. Man hatte deshalb zunächst in den Reichshaushaltsetat für 1903 die Summe von 1½ Millionen eingestellt. Dieser Satz wurde aber durch die tatsächlichen Ausgaben desselben Jahres um 743 000 ℳ überschritten. Es waren also im Jahre 1903 in Wirklichkeit 2 243 000 ℳ zur Verwendung gelangt. Da man schon während des Jahres 1903 einsah, daß mit dem ursprünglich in Aussicht genommenen Betrage nicht auszukommen sein würde, so stellte man in den Etat für 1904 eine etwas erhöhte Summe, nämlich 2 Millionen Mark, ein. Dieser Betrag ist nun nicht ganz verbraucht worden. Es hat sich herausgestellt, daß an ihm eine Ersparnis von 243 000 ℳ gemacht werden konnte. 1904 sind demgemäß für die Ausstellung 1 757 000 ℳ verbraucht worden. Beide Jahresbeträge ergeben die Gesamtsumme von 4 Millionen Mark. Es ist danach tatsächlich für die Weltausstellung in St. Louis vom Deutschen Reiche eine Million Mark mehr ausgegeben, als man ursprünglich angenommen hatte. Die Erhöhung erklärt sich aus der nicht erwarteten großen Beteiligung der deutschen Gewerbetreibenden.

Ein Krieg zwischen Rumänien und Griechenland.

Aus Bukarest, vom 3. September, wird uns geschrieben: Diplomatischer Krieg mit der heiligen Hellas! Das ist hier die politische Tageslosung. Zu Landkämpfen, d. h. zu einem wirklichen Krieg, kann es wohl schwer kommen; es fehlen die „gemeinsamen Grenzen", und der Sultan hält, wie der Griechenkrieg bewiesen hat, militärisch gute Posten auf dem Balkan. Unsere rumänische Flotte liegt im Schwarzen Meer, die griechische, bekanntlich stark „verlotterte", im Aegäischen, und den Bosporus, das Marmarameer und die Dardanellen hat der Padischah für „halbwachsene" Balkanmächte unter „Schloß und Riegel". Also auch kein Seekrieg, dagegen konnte nach dem Muster der russischen Freiwilligen Flotte wohl ein Handelskrieg sich entspinnen. Damit würde die Frage des näheren Orients wieder in den Vordergrund rücken, nachdem der ferne Orient durch den Portsmouther Frieden gerade wieder zur Ruhe gekommen ist. Sämtliche Balkanstaaten verfolgen den Zwist mit der größten Gespanntheit. Unser Geschäftsträger Poppinin überreichte Ende Juni in Athen eine Protestnote gegen die Ausschreitungen des griechisch-makedonischen Freikorps in Makedonien gegen rumänische Untertanen; man drohte mit Repressalien gegen die Griechen in Rumänien, falls man in Athen den Freischärlern nicht Zügel anlege, und dem ökumenischen Patriarchen die geheime Unterstützung gegen den Sultan entziehe. Der griechische Premier Rallis, im Gefühl der Unverletzlichkeit, protestierte seinerseits dagegen, er werde jeden Druck auf friedliche und ehrbare Griechen den Mächten anzeigen. Die Freischärler gingen die griechische Regierung nichts an, die übrigens lediglich Notwehr übten, da die rumänische Regierung mit Vorbedacht griechische Untertanen schutzlos lasse. Auch eine Einflußnahme auf den Patriarchen lehne er ab, da die Haltung des Sultans die Privilegien der griechischen Kirche verletze. Verharre Rumänien bei seinem Standpunkt, so müsse er die diplomatischen Beziehungen mit Bukarest abbrechen. In der Tat denunzierte Rallis die rumänische Regierung bei den Mächten, die aber nachweisen konnte, daß sie nicht mit den Drohungen begonnen, sondern lediglich eine Vorstellung gemacht habe. Man kann sich nicht wundern, daß nach Bekanntwerden der griechischen Anmaßung in Bukarest eine griechenfeindliche Versammlung abgehalten wurde, in der, nach dem Stil von Volksversammlungen, die Regierung aufgefordert wurde, sich die Beleidigungen nicht bieten zu lassen. Hieraus schlug nun das griechische Ministerium Kapizal, indem es Rumänien bei den Mächten des übeln Willens beschuldigte. Man wies auf die Ermordung einiger Griechen in Giurgewo und die Herbrennung einer griechischen Fahne durch den dortigen Mob hin, wofür man hier in Bukarest eine Genugtuung verweigert habe. Und um das Eisen zu schmieden, so lange es noch heiß war, erließ man aus Athen noch wenigen Tagen wieder eine Note an die Mächte über Ausweisung griechischer Untertanen aus Rumänien, und hinterher noch eine dringende, wenn die Mächte nicht einschritten, müsse man den rumänischen Vertretern die Pässe zustellen.

Die rumänische Regierung hat erklärt, sie bedauere ihren Vertreter in Athen, falls er wirklich zu scharfe Sprache geführt habe; er habe nur eine geschriebene Note abgegeben.

Deutsches Reich.

Leipzig, 5. September.

* **Die Engländer in Danzig.** Zu Dienstag nachmittag ½1 Uhr hatte der englische Admiral Wilson, zum Dank für die gastfreie Gastfreundschaft in Danzig, eine große Anzahl Einladungen zum Lunch mit Damen an Bord der „Exmouth" ergehen lassen. Die Gäste wurden am Fallreep von Wilson selbst empfangen und in die Kajüte geleitet. Während des Lunchs konzertierte die Geschwaderkapelle. Ein weiteres Festmahl wird an Bord des englischen Flaggschiffs nicht stattfinden. Heute fuhren zahlreiche britische Offiziere und Seekadetten nach Marienburg zur Besichtigung des dortigen Ordensschlosses. Andere besuchten in Scharen Danzig und Umgegend. Bis jetzt ist nicht der geringste Mißton vorgekommen. Die Engländer, Offiziere und Mannschaften, fallen auch sehr vorteilhaft dadurch auf, daß sie mäßig sind im Genuß geistiger Getränke; niemand hat bis jetzt hier betrunkene Engländer gesehen. Seit gestern Mittag ist der Fremdenzufluß ununterbrochen sehr stark, das Wetter ist endlich freundlicher. Der Danziger Schwimmklub „Neptun" veranstaltete gestern nachmittag ein Wasserspiel. Es starteten sieben Mann vom „Neptun" gegen sieben englische Matrosen. Sieger wurde die deutsche Mannschaft mit zwei Goal gegen einen der englischen Mannschaft. Den englischen Matrosen wurden Erinnerungsbecher überreicht.

* **Zur sächsischen Landtagswahl.** In einer in Pausdorf abgehaltenen, von dort, Mockau, Sommerfeld und Thekla gut besuchten Vertrauensmännerversammlung wurde Realschuldirektor von Brause als Kandidat für den 22. ländlichen Wahlkreis aufgestellt.

* **Zur Landtagswahl in Schwarzburg-Rudolstadt.** Mit Spannung verfolgt man diesmal die Landtagswahl im Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt. Wie man weiß, haben die Sozialdemokraten im Landhaus von 16 Mandaten nicht weniger als 7 inne, und es wird allgemein befürchtet, daß sie diesmal die Majorität erlangen, zumal sie die Wahlagitation mit verdoppelten Kräften betreiben. Um dem zu begegnen, haben die bürgerlichen Parteien sich vielfach auf Kompromißkandidaten geeinigt. Die Freisinnigen und die Agrarier verfügen über je 4 Mandate und die Nationalliberalen über eins. Die Wahl findet am 7. September statt.

* **Verband deutscher Milchhändler und Bund der Landwirte.** Der deutsche Milchhändler-Verband nahm bei seiner Magdeburger Tagung folgende Resolution an: „Die von dem Bund der Landwirte ins Leben gerufene agrarische Ringbildung, die auf Monopolisierung der städtischen Milchversorgung und künstliche Milchverteuerung abzielt, stellt eine ständige Gefahr für den Konsumenten dar, der wirksam durch Einführung ringfreier Milch aus dem Auslande entgegengetreten werden muß. Gleichzeitig stellt der Verbandstag mit Bedauern fest, daß im Gegensatz zu der seitens der Regierung betonten, dem Bund der Landwirte gegenüber stets proklamierten Mittelstandsfreundlichkeit jede agrarische Unternehmung, die auf Ausschaltung und wirtschaftliche Vernichtung unseres Gewerbes abzielt, von Regierungswegen jede erdenkliche Förderung erfährt."

* **Bei der Tagung der deutschen Mittelstandsvereinigung** zu Frankfurt a. M. sprach gestern zunächst Generalsekretär Eisenträger über die Parlamente und die Mittelstandsfragen. Es müßten mehr Freunde dieser Bewegung gewählt werden, was allerdings nur möglich sei, wenn für den Reichstag Diäten bewilligt würden. In der Diskussion trat unter anderem der konservative Abgeordnete Hammer-Zehlendorf für eine Erhöhung der Warenhaussteuer ein. Ferner müßten die Konsumvereine Einkommen- und Gemeindesteuern zahlen. Die Beamtenkonsumvereine könnten zwar nicht ganz verboten werden, sie müßten aber von der Bedürfnisfrage abhängen, worüber dem Minister die Entscheidung zustehen sollte. Andere Redner gingen zum Teil noch über diese Forderungen hinaus. Es wurde von einigen Rednern auch ein Verbot der Beamtenkonsumvereine gefordert. Andererseits wurde aber auch geltend gemacht, daß dann erst einmal eine bessere Besoldung der Beamten Platz greifen müsse.

*

Berlin, 5. September.

* **Das praktische Jahr der Mediziner.** An die Universitätskuratoren sowie die Direktoren der königlichen Krankenanstalten in Berlin hat der Unterrichtsminister eine Anfrage gerichtet, wie viele Praktikanten bei dem ihnen unterstellten Instituten unbedenklich zugelassen werden können. Im allgemeinen soll bei Universitätskliniken auf je 40 Kranke nicht mehr als ein Praktikant kommen, bei Poliklinken auf je 2000 Kranke. Bei Kliniken, die mit einer Poliklinik verbunden sind, sollen auf je 40 klinische und je 2000 poliklinische ein Praktikant zugelassen werden. Die bei einem sonstigen medizinisch-wissenschaftlichen Universitäts-Institut nach vollständig bestandener ärztlicher Prüfung absolvierte Zeit darf bis zu einem halben Jahre auf das praktische Jahr angerechnet werden. Eine Einziehung von Honorar von den Praktikanten für die ihnen gewährte Unterweisung während des praktischen Jahres ist nicht zulässig. Als Assistenten mit Geldvergütung an medizinischen Universitätsinstituten sollen in Zukunft nur solche Mediziner zugelassen werden, welche die Approbation als Arzt erhalten haben. Diese Assistenten, welche ihr praktisches Jahr an einem medizinischen Universitätsinstitut zurücklegen, sollen nicht die Assistenten-Vergütung erhalten, sondern freie Station.

— Angesichts der Cholerangefahr im Osten unserer Monarchie hat der Ostmarken-Verein seine auf die Zeit vom 11. bis 13. September einberufene Tagung in der Provinz Posen bis auf weiteres verschoben.

— Oberst a. D. Gaedke lehnt in einem Schreiben an das „Echo de Paris" den Antrag, welchen ihm dieses Blatt gemacht hatte, die französischen Manöver zu verfolgen und eine Kritik im „Echo" zu veröffentlichen, ab. Er begründet seine Ablehnung mit der in Deutschland darüber entstandenen Preßkampagne.

— Seine 25. Jahresversammlung wird der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit vom 20. bis 23. September d. J. in Mannheim abhalten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Gegenstände: Generalbericht über die Abjährige Tätigkeit, erstattet vom Stadtrat Dr. Münsterberg-Berlin. Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, Berichterstatter: Beigeordneter Krueger-Köln. Mitberichterstatter: Dr. H. Finkelstein, Dr. Maria Baum, Großh. Badische Fabrikinspektorin-Karlsruhe. — Die heutigen Anforderungen an die öffentliche Armenpflege im Verhältnisse zu der bestehenden Armengesetzgebung: Senatssekretär Dr. Stuhl-Hamburg, Beigeordneter Dr. Schwander-Straßburg.